

GROSSER RAT

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DIV



Grossratsgeschäftsnummer: 16 / BS 40 / 415
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DIV

Bericht der GFK-Subkommission DIV zum Budget 2020 und zum Finanzplan 2021 - 2023

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DIV:

Präsident: Norbert Senn, Romanshorn
Mitglieder: Dieter Feuerle, Arbon
Brigitte Kaufmann, Uttwil
Martin Salvisberg, Amriswil

Allgemeine Bemerkungen zum Budget 2020 und Finanzplan 2021 – 2023

Die gegenüber dem Budget 2019 ausgewiesene Steigerung des Nettoaufwands um 2.5 Mio. Franken (10.9 Mio. Franken gegenüber der Rechnung 2018) ist u.a. auf die folgenden Punkte zurückzuführen: Angebotsverbesserungen im öffentlichen Verkehr, hohe Nachfrage der Ämter im Bereich Informatik nach Basisinfrastruktur und Fachanwendungen sowie ausgewiesener personeller Nachholbedarf im Veterinäramt.

Mit dem Ziel, einen koordinierten und modernen Vollzug auf Basis von bedarfsgerechten Kontrollen zu erreichen, wurde eine umfassende Teilrevision der Tierschutzverordnung initiiert. In einem neuen Gesetz über das Veterinärwesen und einer Verordnung sollen alle veterinärrechtlichen Vollzugsbereiche geregelt werden.

Beim öffentlichen Verkehr ist im Finanzplan auch für die Folgejahre eine beträchtliche Aufwandsteigerung wegen des verbundenen Angebotsausbaus sowie den steigenden Kantonsbeiträgen in den Bahninfrastrukturfonds vorgesehen.

Von den im Amt für Informatik beantragten Stellengesuchen wurde lediglich ein Teil ins Budget 2020 aufgenommen: eine für das HelpDesk und eine für einen Application Manager (vor allem für TERRIS). Für die Baugesuchs- und Ortsplanung (BOA) wird eine befristete Stelle um ein Jahr verlängert.

Bei den Beschlussesanträgen auf Seite 275 ist der Objektkredit Informatik nicht aufgeführt. Er wird wie folgt eingefügt:

2. Objektkredit Informatik
- 2.1 Der Objektkredit für die HR-IT Weiterentwicklung, aufgeführt in der Budgetbotschaft unter 3210 Amt für Informatik Investitionsrechnung, in der Gesamthöhe von Fr. 2'000'000 wird genehmigt.

Budget 2020

3010–3015 Generalsekretariat

Die aus dem Jahr 2009 stammende Informatik-Strategie wird im Rahmen des Projekts über die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung umfassend von einer Arbeitsgruppe überprüft und aktualisiert. Diese wird nach Abschluss der Arbeiten in einem Bericht dem Regierungsrat Vorschläge unterbreiten, was die komplexe Ausgangslage erfordert und welches die nächsten Schritte sein könnten.

Der Kommissionsbericht zur Änderung des Energiegesetzes (Umsetzung MuKE) ist bereit für die Beratung im Parlament. Nach der Diskussion und Verabschiedung wird die Umsetzung erfolgen.

Aktuell steht die Erarbeitung eines Konzepts für die kantonale Energiepolitik 2020-2030 im Fokus. Dies wird bewusst erst im Anschluss an die Änderung des Energiegesetzes terminiert. Die Arbeit an der Umsetzung der Massnahmen aus dem Bericht eMobilität wird gleichzeitig damit erfolgen.

Die Eckwerte der vier im DIV angesiedelten Fonds (Energiefonds, Arbeitsmarktfonds, Tierseuchenfonds und Pflanzenschutzfonds) sind wiederum eingehalten. Die gesetzlichen Grundlagen sind auf den Seiten 47 und 48 der Botschaft explizit aufgeführt.

Beim öffentlichen Verkehr sind noch weitere Bahninfrastrukturausbauten notwendig, um Angebotsverbesserungen umsetzen zu können (z.B. Kreuzlingen-Weinfelden). Bei der Verlängerung der S7 Romanshorn-Rorschach als RegioExpress nach Bregenz und Lindau konnte in erstaunlich kurzer Zeit ein Durchbruch erzielt werden. Voraussichtlich ab Ende 2021 wird diese zusätzliche grenzüberschreitende Verbindung am Bodensee angeboten werden können.

Erste Korrekturen werden im regionalen Personenverkehr vollzogen (u.a. Fahrplan Fähre Romanshorn-Friedrichshafen, Buslinien im Raum Wil-Weinfelden).

3110 Staatsarchiv

Das Sondererschliessungsprojekt 2019-2026 ist gut angelaufen, sodass es im sogenannten Zwischenarchiv, in welchem die noch unbearbeiteten Bestände liegen, zu spürbaren Entlastungen gekommen ist. Aktuell richtet sich der Fokus vor allem auf die Bearbeitung der Archive der ehemaligen 32 Notariate und 32 Grundbuchämter. Per Ende 2019 wird das Departement mit einem Zwischenbericht über den aktuellen Stand informiert werden.

Die vier bewilligten Stellen konnten 2019 besetzt werden. Für 2020 wird deshalb mit der gleichen Arbeitsleistung gerechnet. Man geht davon aus, dass mit 100 Stellenprozenten pro Jahr 100 Laufmeter Akten erschlossen werden können. Beim Start des Sondererschliessungsprojektes waren 6'000 Laufmeter Akten vorhanden. In der vorgesehenen

Zeitdauer von acht Jahren werden demzufolge 3'200 Laufmeter bearbeitet werden können. Die gleichzeitig neu dazukommenden Akten werden durch das unbefristet angestellte Personal erschlossen.

Erwähnenswert ist sicherlich auch, dass mittlerweile bereits 20 von 80 Ämtern von der «Papier-» auf die rein elektronische Aktenproduktion umgestellt haben. Das Quantum der physischen Akten wird sich deshalb in den kommenden Jahren erheblich verringern.

3210 Amt für Informatik

Der Fachkräftemangel ist in diesem Amt besonders stark spürbar, was bei jeder neuen Stellenbesetzung deutlich ersichtlich wird. Es ist eine Herausforderung, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für eine Stelle rekrutieren, resp. sie für eine Weiterbeschäftigung beim Kanton überzeugen zu können. Der Grossraum Zürich mit seinem Bedarf und seinen Angeboten hat hier „Sogwirkung“.

Da das AFI mit einigen externen Partnern zusammenarbeitet (z.B. Abraxas und Fabasoft), die ebenfalls vom Fachkräftemangel betroffen sind und zudem hohe Fluktuationsraten aufweisen, erschwert dies oftmals die Tätigkeit und Termintreue.

Das Projekt ELSI (Elektronische Sitzungsvorbereitung) wird besonders auch für die Mitglieder des Grossen Rates Auswirkungen haben. Es ist das Ziel, dass mit dieser Lösung die vollständige elektronische Geschäfts- und Sitzungsabwicklung der Sitzungen vom Grossen Rat und vom Regierungsrat auf Sommer 2020 eingeführt werden kann.

3310 Amt für Geoinformation

Für das Projekt Geo2020 werden mehrere Gesetzesänderungen nötig sein. Die Grundlagen sollen im Rahmen eines „Gesetzesänderungspakets“ dem Grossen Rat unterbreitet werden, damit die hochkomplexe Digitalisierung im Bereich Geoinformation umgesetzt werden kann.

3530–3545 Amt für Wirtschaft und Arbeit

Die 2018 eingeführte Stellenmeldepflicht konnte bisher dank organisatorischen Massnahmen mit dem bestehenden Personal bewältigt werden. Mit der auf den 1.1.2020 beschlossenen Änderung der Stellenmeldepflicht und der Senkung des Schwellenwertes von acht auf fünf Prozent wird eine Verdoppelung der zu bearbeitenden Dossiers erwartet. Dies verursacht einen weiteren bedeutenden Mehraufwand für die RAV-Regionalstellen und führt zwingend zu einem erhöhten Personalbedarf. Erschwerend kommt hinzu, dass die EDV-Lösung des Bundes noch nicht vorliegt.

Mit dem Thema Wil-West wie auch mit dem Arbeitszonenmanagement stellen sich dem Amt besonders aufwändige Herausforderungen. Es ist äusserst anspruchsvoll, zusammen mit dem ARE und im Gespräch mit den Gemeinden und Investoren optimale Lösungen zu finden.

Der Pflege der bereits im Kanton domizilierten Betriebe und Unternehmungen soll trotz des Akquirierens von neuen Firmen die nötige Beachtung und Wertschätzung entgegengebracht werden.

3610–3630 Landwirtschaftsamt

Bezüglich den Agroscope Standorten werden weiterhin intensive Verhandlungen geführt. Da das Detailkonzept vom Bund erarbeitet wird, ist es sehr anspruchsvoll und schwierig, Kantonsinteressen einzubringen. Zwar sollen einige Standorte in der Ostschweiz wie Reckenholz, Wädenswil und Tänikon erhalten bleiben. Für den langfristigen Erhalt ist jedoch der an den Standorten festgelegte Forschungsauftrag entscheidend.

Die Zusammenarbeit Landwirtschaftsamt – Veterinäramt soll optimiert werden. Bei der Agrarpolitik 2022+ werden insbesondere auch administrative Vereinfachungen für die Landwirtschaft gefordert.

Gegenstand der Diskussionen waren auch die Kontrollen in den verschiedensten Bereichen. Um im Rahmen der vorhandenen Ressourcen die Kontrollen effizient durchführen zu können, unterstützt die GFK die Grundrichtung, dass die risikobasierten Kontrollen im Verhältnis zu den Grundkontrollen deutlich mehr Gewicht bekommen sollen.

Der ausgewiesene Mehraufwand durch eine zusätzliche Projektstelle für Planungsarbeiten von Güterzusammenlegungen steht im Zusammenhang mit den Vorbereitungsarbeiten für die BTS/OLS. Diese Arbeiten sind sehr komplex und benötigen fundierte Kenntnisse der Landwirtschaft, weshalb sie durch das DIV erfolgen.

3640-3710 Bildungs- und Beratungszentrum Arenenberg

Die Gastronomie und Hotellerie (Produktgruppe Seminare und Tagungen) hat entsprechend der Strategieentwicklung einen Optimierungsprozess begonnen. Die Abläufe und die Führungsinstrumente werden überprüft und den Kundenbedürfnissen angepasst (Kassen- und Buchungssysteme, Online-Buchungen, etc.). Mit diesen Massnahmen sollen die Auslastung der Zimmer und damit der Kostendeckungsgrad erhöht werden.

Der Businessplan für die Weiterentwicklung sieht zudem vor, infrastrukturelle Ergänzungsinvestitionen in den Bereichen der Besucherführung (Rezeption, Ticketverkauf, Shop), bei der Weiterentwicklung des Gastronomiekonzepts sowie für Anpassungen im Hinblick auf den Standard eines 3-Sterne-Hotels zu realisieren.

5/5

Bei der Produktgruppe „Beratung, Entwicklung, Innovation“ wurde die Konkurrenzierung der Privatwirtschaft angesprochen. Dazu wurde ausgeführt, dass die Beratungen in allen Bereichen subsidiär erfolgen, d.h. in Ergänzung zu den Leistungen der Privatwirtschaft. Wo diese keine Leistungen erbringt, aber trotzdem eine Notwendigkeit zu einer Verhaltensveränderung in der Landwirtschaft besteht, kommen die Beratungen des BBZ insbesondere zum Tragen.

Der im Thurgauer Bauer publizierte Entscheid, dass der Arenenberg auf biologische Produktion umgestellt wird, gab zu inhaltlichen wie auch zu kommunikations-technischen Fragen Anlass. Die Umstellung wird mehrere Jahre in Anspruch nehmen.

3930–3940 Veterinäramt

Das bereits erwähnte neue Gesetz über das Veterinärwesen ist bereit für eine umfassende öffentliche Vernehmlassung. Erfahrungsgemäss wird es jedoch noch etwa zwei Jahre dauern, bis das Gesetz in Kraft gesetzt werden kann.

Die im Rahmen der Aufarbeitung des Falls Hefenhofen geforderte personelle Aufstockung des Veterinäramts soll nun auch mit den entsprechenden Stellenbesetzungen umgesetzt werden.

Finanzplan 2021 – 2023

Im Finanzplan wird mit einer moderaten Steigerung des Nettoaufwands gerechnet, welcher in erster Linie durch den Angebotsausbau beim öffentlichen Verkehr begründet ist.

Romanshorn, 11. November 2019

Der Subkommissionspräsident
Kantonsrat Norbert Senn